

Gustav Urbani

# Ungarns Weg in die NATO

DSS-Arbeitspapiere

---

Heft 36 - 1997

**Herausgeber:**

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.

Vorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstr. 2 D-01277 Dresden

<b>Inhalt:</b>	<b>Seite</b>
1 Der Wille zum NATO-Beitritt als eigenständige ungarische Entscheidung	4
2 Die wichtigsten Konsequenzen für praktische Handlungen zur Herbeiführung der Bereitschaft zum NATO-Beitritt	11
3 Streitkräftereform und NATO-Kompatibilität der Honvéd-Armee	15
4 Stand und Perspektiven der zivilen Kontrolle der bewaffneten Kräfte	25

Redaktion und Vertrieb:

Dr. Joachim Klopfer (V.i.S.d.P.)  
Am Jägerpark 52  
01099 Dresden  
Fon/Fax: 0351/4429225

Redaktionsschluß des Heftes:: Mai 1997

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!  
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Kostenbeitrag: 1,90 DM

Gustav Urban

## Ungarns Weg in die NATO

In der sicherheitspolitischen Szene Europas gibt es Monate vor dem NATO-Gipfel zur Osterweiterung des Paktes am 8. und 9. Juli dieses Jahres in Madrid kaum einen Zweifel, daß man in der spanischen Hauptstadt trotz der ablehnenden Haltung Moskaus zu diesem Projekt Polen, Tschechien und Ungarn als erste Beitrittskandidaten benennen wird. Damit würde ein seit Jahren von den führenden politischen Kräften der Ungarischen Republik nachdrücklich verfolgtes strategisches Ziel in greifbare Nähe rücken.

Der Verfasser hat in seinen drei bisher seit 1993 in dieser Schriftenreihe veröffentlichten Abhandlungen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen im Nachwende-Ungarn - speziell zu Problemen der Reformierung der Honved-Armee - auch den dabei auftretenden internationalen Integrationsaspekten die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Angesichts der seit einiger Zeit dominierenden Rolle, die der angestrebte NATO-Beitritt in der gesamten sicherheits- und militärpolitischen Tätigkeit in der Ungarischen Republik spielt, sollen in dieser nun dem interessierten Leser angebotenen zusammenfassenden sowie die neuesten ungarischen Aussagen auswertenden Abhandlung jene Erkenntnisse in den Mittelpunkt rücken, die der Autor im Zuge seiner seit vielen Jahren betriebenen Studien der offiziellen ungarischen Militärpresse zum Weg des Landes in das nordatlantische Verteidigungsbündnis gewonnen hat.

Folgende Schwerpunkte sollen dabei im Mittelpunkt stehen:

- \* der Wille zum NATO-Beitritt als eigenständige ungarische Entscheidung,
- \* die wichtigsten Konsequenzen für praktische Handlungen zur Herbeiführung der Bereitschaft zum NATO-Beitritt,
- \* Streitkräftereform und NATO-Kompatibilität der Honved-Armee,
- \* Stand und Perspektiven der zivilen Kontrolle der bewaffneten Kräfte.

Auf die Darstellung der speziellen Haltung der gegenwärtigen NATO-Mitgliedsländer zum Beitrittswunsch der Ungarischen Republik, besonders auch der Führungsmächte USA, Bundesrepublik Deutschland (als besonders ausgeprägten Befürworter), Großbritannien und Frankreich wird weitgehend verzichtet. Dies gilt auch bezüglich der z. T. sehr ausführlichen Kommentierung der ungarischen Ambitionen zur Teilnahme an der euro-atlantischen Integration

in ausländischen Veröffentlichungen. Dem interessierten Leser sei als fundierter Beitrag zu dieser Thematik der Bericht der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation über das Deutsch-Ungarische Symposium in Strausberg vom 2. bis 6. September 1996 empfohlen, herausgegeben von Sven Bernhard Gareis, veröffentlicht in den AIK-Texten 6/96.

## **1. Der Wille zum NATO-Beitritt als eigenständige ungarische Entscheidung**

Mit der Auflösung des Warschauer Vertrages 1990, mit den tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Veränderungen und der Proklamation der Ungarischen Republik erlangte das Land der Magyaren seine volle Souveränität und Unabhängigkeit wieder. Damit erhob sich für den neuen Staat auch die Frage nach der Erarbeitung neuer sicherheits- und verteidigungspolitischer Grundsätze und der Erlangung zuverlässiger Garantien seiner äußeren Sicherheit.

Nach mehr als zweijähriger Vorbereitung durch Experten, konträrer intensiver Diskussionen sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit beschloß die Ungarische Landesversammlung am 14. April 1993 einstimmig (auf der Basis eines Konsens' aller sechs im höchsten parlamentarischen Gremium vertretenen Parteien) die „Grundsätze der Landesverteidigung der Ungarischen Republik“. Diese beruhen auf dem verfassungsgemäßen Grundprinzip der ungarischen Sicherheitspolitik, wonach sich die Rolle des militärischen Faktors zur Bewahrung der Sicherheit des Landes relativ verringert, die Bedeutung der politischen und ökonomischen Stabilität sowie von diplomatischen Aktivitäten und Kompromissen wesentlich erhöht hat. Die Ungarische Republik möchte darum prinzipiell darauf bauen, daß ihre Sicherheit am besten durch partnerschaftliche, gleichberechtigte Beziehungen eines neuen Typs gewährleistet wird, die auf die Erzielung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen mit gegenseitigem Vorteil und die Beilegung von Differenzen auf dem Wege von Kompromissen gerichtet sind.

Zugleich gehen die politischen Führungskräfte Ungarns stets davon aus, daß die Beibehaltung einer zuverlässigen militärischen Landesverteidigung auf absehbare Zeit unverzichtbar bleibt, es eine Notwendigkeit ist, über bewaffnete Kräfte zu verfügen, die den Möglichkeiten des Landes angepaßt sind und eine glaubwürdige Verteidigungskraft verkörpern. Mit dem Ziel der Schaffung ebensolcher, gegenüber der Vergangenheit jedoch tiefgreifend demokratisch verfaßten und kontrollierten, eindeutig gesamt-nationalen Anliegen untergeordneten Streitkräften vollziehen sich seit dem Beginn des gesellschaftlichen Umschwungs in Ungarn breitgefächerte Prozesse einer Umgestaltung der Armee (als „Streitkräftereform“ bezeichnet). Gestützt auf den oben genannten einstimmig verabschiedeten parlamentarischen Beschluß tragen die sich seit

1990 jeweils an der Regierung befindlichen politischen Kräfte die Hauptziele und Umgestaltungsrichtungen dieser Veränderungen kontinuierlich mit bzw. treiben sie voran.

Die Neugestaltung der ungarischen Landesverteidigung besitzt selbstverständlich nicht wenige internationale Aspekte. Der wesentlichste unter diesen ist zweifellos das ausgeprägte Bestreben, die verteidigungspolitische Eigenverantwortung organisch und so eng als möglich mit einem Netz internationaler Vereinbarungen zu verknüpfen, die dem auch für alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche primären Grundgedanken „zurück nach Europa“ untergeordnet sind.

So wurden bereits zu Beginn der 90er Jahre mit allen Nachbarländern Staatsverträge abgeschlossen, die immer auch gegenseitige sicherheitspolitische Absicherungen enthalten. Auch der Zusammenschluß mit Polen und der damaligen Tschechoslowakei zum bekannten Pakt der „Visegrader Drei bzw. Vier“ zielte ganz in diese Richtung, markierte aber zugleich auch einen anvisierten Übergang von der Bi- zur Multipolarität.

Die eigentlichen Integrationsvorstellungen der Ungarischen Republik zur echten Gewährleistung ihrer Sicherheit, die sie als kleines Land aus eigener Kraft nicht wirklich bewerkstelligen kann, gehen von Beginn der Neuentwicklung an aber in eine gesamteuropäische Richtung: EG, Europarat, WEU, über die der Weg in die nordatlantische Allianz gefunden werden soll. KSZE bzw. OSZE waren und sind dabei ebenfalls nicht unwesentliche Institutionen, entsprechen aber nicht im gleichen Maße wie WEU und NATO den bereits zu Zeiten der Antall-Regierung beschlossenen „Grundprinzipien der Sicherheitspolitik der Ungarischen Republik“. Einen Kernpunkt dieses Dokumentes bildet der Leitsatz, wonach die nationalen Interessen nur durch Orientierung auf den Westen verwirklicht werden können, was eine vollständige Integration Ungarns in die euroatlantischen Institutionen, vor allem aber EU, WEU und NATO, erfordere. Dieser schon seinerzeit von einem nationalen Konsens aller im Parlament vertretenen Fraktionen getragene Standpunkt wurde nach dem Regierungswechsel im Gefolge der Wahlen von 1994 durch das Programm der Horn-Regierung ausdrücklich bekräftigt und seitdem durch alle außen-, sicherheits- und militärpolitischen Aktivitäten der neuen ungarischen Regierung in den Jahren 1995 bis 1997 eindeutig bestätigt. .

Einerseits ist der Kurs Ungarns in die NATO klar ausgeprägt und offenbart sich durchaus nicht nur in diplomatischen Erklärungen und der Suche nach ausländischer Unterstützung, sondern auch in deutlich erkennbaren realen Handlungen auf diesem Wege. Dazu zählt in erster Linie die ständig stärker werdende Ausrichtung des Gesamtprozesses der ungarischen Militärreform auf die Vorbereitung und Abstützung eines NATO-Beitritts, so daß man für die jüngste Periode der Streitkräfteumgestaltung diese Ausrichtung buchstäblich als Kriterium für Aufgabenstellung und Ergebnisbeurteilung aller wesentlichen

Schritte bezeichnen kann. (Hierauf wird in den weiteren Abschnitten dieser Ausarbeitung näher eingegangen). Darüber hinaus muß man zum ungarischen Weg in die NATO zweifellos auch solche Aktivitäten zählen wie den raschen Beitritt und die zielstrebige Mitarbeit in der vom nordatlantischen Pakt ins Leben gerufenen „Partnerschaft für den Frieden“ sowie die Öffnung des Landesterritoriums für die USA-IFOR-Einheiten, einschließlich der Einrichtung und Bereitstellung der dafür benötigten Unterbringungs-, Übungs-, Versorgungs- und Verwaltungsbasen, ebenfalls die vom Parlament mit massiver Mehrheit eigens beschlossene Entsendung eines ungarischen selbständigen technischen Bataillons als Teil der IFOR-Truppen, über dessen Führung, Zusammensetzung und Tätigkeit die ungarische Presse ständig ausführlich berichtet. Nicht zu übersehen sind auch solche Maßnahmen wie die Schaffung einer „Hauptabteilung NATO“ im ungarischen Ministerium für Landesverteidigung oder die Einrichtung eines „Nordatlantischen Informationszentrums“ bei der Landesversammlung.

Andererseits ist die Zustimmung der Magyaren zu den geschilderten NATO-Positionen und -Schritten keineswegs unumstritten. Nach wie vor gibt es zahlreiche Anhänger einer Position der ungarischen Neutralität, der vollständigen Abrüstung und Demilitarisierung, der bedingungslosen Einsparung von Haushaltsmitteln für militärische Zwecke, der Ablehnung von Bündnisverpflichtungen militärischer Natur, aber auch einer ausdrücklich betonten Bevorzugung der OSZE-Mitarbeit bzw. deren Weiterentwicklung gegenüber einem NATO-Beitritt u. ä. m.

Nach den Ergebnissen von Umfragen im Jahre 1995 gingen die Meinungen in der Bevölkerung hinsichtlich eines Beitrittes zur NATO weit auseinander. Nach einigen Befragungsergebnissen sollen bis zu 50 Prozent der Bürger die entsprechende Frage mit „Nein“ beantwortet haben.

In der Nr. 9/1997 der Wochenzeitschrift des Verteidigungsministeriums, „Magyar Honved“ vom 28. Februar 1997 wurde nun über Ergebnisse einer öffentlichen Befragungsaktion berichtet, die das Ungarische Gallup-Institut 1996 im Auftrag des Verteidigungsministeriums durchgeführt hatte. Danach bildeten die Befürworter eines NATO-Beitritts in der Bevölkerung im November 1996 - wie seit Juli 1994 schon immer - die Mehrheit. Allerdings erreichte diese Überzahl Ende 1996 erstmals seit dem Sommer 1994 das Niveau der absoluten Mehrheit. Im Verlaufe des 96er Jahres war eine zwar langsame, aber stetige Zunahme des Anteils der Beitrittsbefürworter von 44 Prozent im Monat Februar auf 50 Prozent im Dezember zu verzeichnen, so daß zum Jahreswechsel 1996/97 genau die Hälfte der Einwohner Ungarns die Meinung vertraten, das Land sollte der NATO beitreten. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Gegner eines Anschlusses von 35 auf 28 Prozent zurück. Als bemerkenswert wurde hervorgehoben, daß parallel zum Anstieg des Anteils der

Anhänger eines Beitritts erstmals der Anteil der Befragten, die keine Meinung äußerten, zu sinken begann, woraus man schloß, daß die gesamte Entwicklung der Proportion zwischen Befürwortern und Gegnern des Beitritts weniger durch einen Rückgang der Zahl der Gegner, sondern wesentlich mehr durch ein Anwachsen der Befürwortergruppe auf dem Wege des Zuflusses „frischer Unterstützer“ aus dem Lager ehemaliger Meinungsloser und Unsicherer zustande gekommen sei.

Durch den Lehrstuhl Soziologie der „Universität für Nationale Verteidigung ‘Zrinyi Miklos’“ in Budapest wurden gleichfalls im Jahre 1996 statistische Untersuchungen zu den Standpunkten der Berufssoldaten der Honved-Armee bezüglich des NATO-Beitritts durchgeführt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieser Personenkreis von einem eventuellen Beitritt wesentlich weitgehendere Auswirkungen für seine Lebenslage und -perspektive in Rechnung stellen muß, als der Durchschnittsbürger. Unbeschadet dessen zeigte sich auch bei den Honved-Berufssoldaten eine im Vergleich zu früheren Analysen deutliche Zunahme der Befürworter eines Anschlusses, obwohl - oder gerade - die Kenntnisse über die konkreten Konsequenzen eines solchen Schrittes in letzter Zeit für die Armeeangehörigen bzw. ihre Formationen, Führungsorgane und Institutionen sich deutlicher als früher abzeichneten - damit auch die Karriereaussichten genauer abgeschätzt werden konnten.

Nach den in der gleichen Ausgabe des „Magyar Honved“ veröffentlichten Daten von im April und Dezember 1996 durchgeführten Befragungen ergaben sich folgende Ergebnisse:

**Tabelle 1**

**Die Meinung der Berufssoldaten zum NATO-Beitritt**

	Personalbestand der Armee gesamt	Personalbestand der Führungsorgane	Hörer der mil. Oberschulen
Beitreten	57 %	82 %	76 %
nicht beitr.	29 %	17 %	17 %
keine Meing.	14 %	1 %	7 %
insgesamt	100 %	100 %	100 %

Im Rahmen der konkreten Analysen der Befragungsergebnisse wurden durch die Untersuchenden eine Reihe bemerkenswerter Besonderheiten aufgedeckt, aus deren Vielzahl hier auf drei Punkte hingewiesen werden soll:

- \* Betrachtet man die Gruppierung der zustimmenden Antworten nach dem Lebensalter, so existierte die höchste Rate an Befürwortern bei den über 50jährigen (bei ihnen wird die berufliche Karriere von einer NATO-Mitgliedschaft kaum mehr beeinflußt werden) sowie bei den unter 30jährigen (für sie eröffnet ein Beitritt sehr oft gediegene berufliche Karrierechancen). Am niedrigsten ist der Anteil der Befürworter (und zugleich der höchste Anteil an Gegenstimmen) in der Altersgruppe der 40- bis 49jährigen.
- \* Das Wissen der Befragten über das Schicksal ihrer Einheiten, Institutionen, Stäbe, Garnisonen usw. nach einem NATO-Beitritt ist weiterhin - trotz Verbesserungen gegenüber früher - bei vielen Beteiligten viel zu gering, oft lückenhaft bis fehlend. Ca. 40 Prozent aller Befragten sagten aus, daß ihnen nicht bekannt sei, ob ihre Formation von einem NATO-Beitritt irgendwie berührt würde. Verständlicherweise wird aber die individuelle Position zum Beitritt vom Charakter der zu erwartenden Konsequenzen entscheidend geprägt.
- \* Die Gruppe der mit mehr oder weniger guten Kenntnissen der englischen Sprache ragt mit einem 72prozentigen Befürworteranteil deutlich aus allen anderen Gruppen von Befragten heraus. Offenbar erwarten sie aufgrund ihrer Kenntnisse dieser künftig besonders im militärischen Leben gefragten Fremdsprache deutliche berufliche Karrierevorteile.

Die aufgeführten statistischen Daten zeigen eine eindeutig zunehmende Unterstützung der von den beiden nach der „Wende“ tätigen ungarischen Regierungen und allen Parlamentsfraktionen getragenen strategischen Orientierung auf den NATO-Beitritt durch die Bevölkerung des Landes, einschließlich der am direktesten Betroffenen - den Berufssoldaten der Honved-Armee. Nach meiner Auffassung hatten und haben darauf vor allem folgende Faktoren entscheidenden Einfluß:

(1) Die mit dem NATO-Beitritt für die Masse der Bürger identische Zugehörigkeit zum demokratischen (reichen und starken) „Westen“ ist außerordentlich populär und zugkräftig. Diese mit der Zielorientierung „Zurück nach Europa“ gegebene Übereinstimmung - und nicht die Furcht vor einer drohenden russischen militärischen Intervention - ist das zugkräftigste, unter den Menschen am meisten wirkende pro-NATO-Argument. Das bedeutet auch, daß in dieser Hinsicht also keineswegs der Drang zum Eintritt in ein mächtiges Militärbündnis der dominierende Aspekt ist. Für Bürger wie Politiker geht es eigentlich um die Zugehörigkeit zu allen Elementen der engen westlichen Integrationsgemeinschaft.

(2) Die Akzeptanz der Honved-Armee in der Bevölkerung hat nach einem Tiefpunkt Anfang der 90er Jahre in letzter Zeit merklich und stetig zugenommen. Wirkungen in dieser Richtung gingen besonders von der wachsenden Einsicht aus, daß es sich nunmehr um wirklich den echten nationalen Interessen dienende ungarische Streitkräfte handele. Zum Anstieg des Vertrauens der Bürger des Landes hat dabei auch entscheidend eine neue Offenheit der Armee und die vor allem in den letzten Monaten deutlich sichtbar werdende zivile Kontrolle der Streitkräfte beigetragen. Nicht zuletzt wurde die Notwendigkeit der Existenz einer tatsächlich handlungsfähigen Armee jedem Bürger angesichts der tragischen Ereignisse im ehemaligen, direkt an Ungarn grenzenden Jugoslawien drastisch demonstriert.

(3) Der Meinungsumschwung zugunsten eines NATO-Beitritts muß sicherlich auch auf die Wirksamkeit einer sich qualitativ deutlich verbessernden PR-Arbeit zurückgeführt werden, die das Verständnis für die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme in der Öffentlichkeit, unter den Soldaten, den politisch interessierten Bürgern, den Journalisten, Studenten usw. argumentationsreich beförderte. Der Minister für Landesverteidigung, György Keleti, hat bei seinen Auftritten auf Führungskonferenzen, bei seinen Besuchen in Brigaden und Garnisonen, in Veröffentlichungen u. a. m. in den letzten Jahren immer nachdrücklicher auf die Verantwortung vor allem der Offiziere für die Erläuterung und Klärung der verteidigungspolitischen Grundsatzfragen gegenüber der Öffentlichkeit hingewiesen. Dem diente zweifellos auch das Erscheinen der sehr informativen und argumentationsreichen Sondernummer der „Magyar Honved“ zum Thema „Unser Weg in die NATO“ im Dezember 1996, in der ein richtunggebendes Vorwort des Verteidigungsministers Keleti, ein sehr aufgabenbezogenes Interview mit dem Kommandeur der Honved-Armee, Generalleutnant Ferenc Vegh und zahlreiche andere orientierende Beiträge führender verteidigungspolitischer Experten enthalten sind. So legt unter dem Titel „Warum wollen wir NATO-Mitglied werden?“ der anerkannt sachkundige und namhafte Botschafter der Ungarischen Republik bei der OSZE, Dr. Istvan Gyarmati seine Auffassung zu dieser Frage sehr detailliert und konkret dar und kommt - trotz oder gerade seiner gewichtigen Funktion in der gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation - zu einer ausgeprägten Befürwortung des Beitritts.

Zur Problematik der Beitrittsgegner ist folgendes zu bedenken:

Die Ungarische Arbeiterpartei (nicht im Parlament vertreten) sammelte von August bis Oktober 1995 mehr als 180.000 Unterschriften für die Abhaltung eines Referendums in der Bevölkerung über den NATO-Beitritt.

Das gültige ungarische Gesetz über Volksabstimmungen verpflichtet das Parlament, eine derartige Befragung anzusetzen, wenn sie von mindestens

100.000 Bürgern gefordert wird und bestimmt, daß das Ergebnis für das Parlament bindend ist.

Mit der Begründung, daß Anträge zum NATO-Beitritt gar nicht zulässig sind und daher eine fundierte Befragung erst beschlossen werden könne, wenn eine Aufforderung der NATO-Führungsgremien zum Beitritt an die ungarische Republik vorliegt, lehnte die oberste ungarische Volksvertretung am 19. Dezember 1995 das Ansinnen der Unterschriftensammlung zunächst ab, stellte jedoch die Durchführung eines Referendums zu einem später gegebenen Zeitpunkt in Aussicht.

Wie weiter oben bereits dargestellt, ist seit 1995 die Zahl der Beitrittsgegner nicht unwesentlich zurückgegangen. Allerdings kann nicht übersehen werden, daß nach den Ende 1996 vorliegenden statistischen, repräsentativen Erhebungsergebnissen damit zu rechnen war, daß immer noch 28 Prozent der Bevölkerung gegen einen Beitritt und ca. 22 Prozent unentschieden bzw. keine Position beziehen wollten.

Für diese zuletzt genannten Schichten der Einwohner Ungarns dürften neben den weiter oben schon angeführten Gründen insbesondere Befürchtungen bezüglich der mit einem NATO-Beitritt verbundenen finanziellen Belastungen für das Land ins Gewicht fallen, einfach ausgedrückt die Sorge: „Wird das alles nicht viel zu viel Geld kosten?“

Dies ist ja eine durchaus nicht unbegründete Überlegung, zumal die Frage der Beitrittskosten nicht nur unter Fachleuten diskutiert wird, sondern in letzter Zeit über Meldungen bzw. Kommentare in den Medien auch breitere Kreise der Öffentlichkeit erreicht. Dabei ist man sichtlich darum bemüht, die aus den USA stammenden Vorausberechnungen - (z. B. 27 bis 35 Mrd. Dollar insgesamt bis zum Jahre 2009, wobei die neuen Mitglieder mit Kosten von 10 bis 13 Mrd. Dollar für Umbau und Modernisierung ihrer Armeen rechnen müßten) - abzumildern oder unübersichtlich zu halten. Offenbar ist kaum jemand mit größerem Medieneinfluß unter den sowieso schon überaus schwierigen finanziellen Bedingungen des Landes z. Zt. an einer konkreten Diskussion über den Preis des NATO-Anschlusses interessiert.

Insgesamt ist nach Meinung des Verfassers jedoch kaum anzunehmen, daß der Sorgenknackpunkt 'Beitrittskosten' bei einem eventuellen Referendum letztlich gegen das übermächtige Pro-Argument „Ohne EU/NATO läuft auf Dauer gar nichts“ ankommen und zu einem Meinungsumschwung in der Bevölkerung führen könnte.

## **2. Die wichtigsten Konsequenzen für praktische Handlungen zur Herbeiführung der Bereitschaft zum NATO-Beitritt**

In seinem Vorwort in der bereits erwähnten Sonderausgabe der „Magyar Honved“ zum angezielten Weg Ungarns in die NATO hat der Minister für Landesverteidigung, György Keleti, die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für einen Beitritt umrissen. Er bezeichnete die damit entstandene Lage als den Beginn eines zweiten großen militärischen Umgestaltungsprozesses im Lande, nach Abschluß der großen gesellschaftlichen Umorganisation in den ersten Jahren des Systemwandels, der auch für den Bereich der Landesverteidigung grundlegende Veränderungen erbracht hat und nun weiterhin erfordert.

Nach den Darlegungen des Ministers führen die Vertreter Ungarns mit den Organen des nordatlantischen Paktes Konsultationen zur Vorbereitung vielfältiger Veränderungen, so unter anderem bei der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, der militärischen Planung, der Sprachausbildung, den Vorschriften und Bestimmungen, der juristischen Harmonisierung, der Beteiligung an der Erhaltung und Wiederherstellung friedlicher Zustände, des Geheimnisschutzes u. a. m.

Diese Veränderungen müßten zu praktischen Konsequenzen vor allem dahingehend geführt werden, daß die Ungarische Honved-Armee den Anforderungen an moderne Streitkräfte graduell stärker als bisher gerecht wird. Dies würde in erster Linie bedeuten, den Erfordernissen eines NATO-Anschlusses zu entsprechen.

Unerläßlich sei vor allem, weiterhin an der Verwirklichung jener allgemeingültigen Prämissen zu arbeiten, die das nordatlantische Bündnis als Grundbedingungen für die Aufnahme eines neuen Mitgliedes als unverzichtbar betrachtet: die bürgerlich-freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie, das Mehrparteiensystem, die Marktwirtschaft, die zivile Kontrolle der bewaffneten Kräfte.

Wenn es auch so scheint, als ob Ungarn hinsichtlich dieser Grundbedingungen schon weit vorangeschritten sei, so müsse doch daran stetig weiter gearbeitet werden, vor allem auch bei der entsprechenden Umsetzung der Erfordernisse im Bereich der Streitkräfte. Dies würde im militärischen Sinne die Herbeiführung der sogenannten Interoperativität bedeuten, was jedoch keinesfalls von einem Tag auf den anderen erreicht werden könne, sondern nur als Ergebnis einer längeren Entwicklung denkbar sei.

Als wichtige Aufgaben in diesem Prozeß nannte Keleti die niveauvolle Vorbereitung und Verwirklichung der auf die ungarische Armee zukommenden Beteiligung an Übungen bzw. Manövern im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“, die Umarbeitung von Vorschriften, Anordnungen und Bestimmungen sowie die Schaffung der notwendigen technischen Bedingungen auf den höheren Führungsebenen und bei den für das Zusammenwirken ausgewählten

Truppenformationen. Ebenso wichtig sei die Realisierung der vorgesehenen Veränderungen auf den Gebieten einer Intensivierung der fachlichen und Fremdsprachenausbildung des Berufspersonals der ungarischen Armee.

Besondere Beachtung widmet man ungarischerseits der Tatsache, daß im Dokument des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ solche Ziele des Zusammenwirkens enthalten sind, deren Realisierung höchstwahrscheinlich zugleich die Verwirklichung der im einzelnen offiziell bisher noch nicht bekannten Bedingungen für einen NATO-Beitritt bedeuten würde. Das genannte Dokument enthält die Festlegung, daß die beteiligten Länder den zuständigen NATO-Organen ein konkretes Angebot über die beabsichtigten Bereiche, Schritte sowie die militärischen bzw. sonstigen Mittel und Ressourcen eines Zusammenwirkens unterbreiten sollen. Diese Angebote wären darüber hinaus durch jährliche Einzelprogramme zur Teilnahme am partnerschaftlichen Zusammenwirken zu ergänzen.

Die ungarische Seite unterbreitete daraufhin bereits am 6. Juni 1994 den NATO-Organen ihr Angebotsdokument, das nach Angaben der Euro-Atlantischen Arbeitsgruppe des Honved-Generalstabes die folgenden Gebiete eines militärischen Zusammenwirkens enthielt (Sondernummer der „Magyar Honved“ v. Dezember 1996, S. 24):

- (1) Politisches, sicherheits- und militärpolitisches Zusammenwirken.
- (2) Verstärkung der Überschaubarkeit der Prozesse der militärischen Planungen und des Verteidigungshaushaltes; demokratische Kontrolle der bewaffneten Kräfte.
- (3) Entwicklung der ungarischen Luftverteidigung auf dem Wege eines effektiven Zusammenwirkens mit den entsprechenden Organen der NATO.
- (4) Die Herausbildung von Formationen (Kräften) mit solchen Fähigkeiten und einer solch hohen Einsatzbereitschaft - vor allem durch militärisches Zusammenwirken mit der NATO, durch gemeinschaftliche Planung, Ausbildung und Übungen -, mit deren Hilfe sich die Ungarische Republik an Operationen, die aufgrund von Entscheidungen der UNO oder der OSZE zu humanitären, Rettungs- und anderen friedenserhaltenden Zwecken stattfinden, beteiligen kann.
- (5) Längerfristige Entwicklung von Kräften, die für gemeinsame Handlungen mit Mitgliedsländern des Nordatlantischen Bündnisses fähig sind.
- (6) Zusammenwirken auf dem Gebiet der Zivilverteidigung.
- (7) Ausdehnung des Zusammenwirkens auf den Wissenschaftlichen Rat der NATO.

Über diese Punkte hinausgehend wurden im Angebotsdokument die für das Zusammenwirken vorgesehenen militärischen Formationen und Einrichtungen sowie personelle und materielle Ressourcen aufgeführt, als da sind: Formationen der Landstreitkräfte, der Luftverteidigung und Fliegerkräfte; Kräfte zur Friedenserhaltung; Organe des Rüstungsabbaues; Verteidigungsprobleme untersuchende Institutionen; militärische Lehreinrichtungen; humanitäre Institute der Gesundheitsfürsorge; Institutionen für Zwecke der Militärtechnik, der Nachrichten- und Informationskommunikation, der Militärgeografie; Verwaltungen für Beschaffung und für Absatz; Übungsplätze und Instandsetzungsbasen; Organe für interne und für wissenschaftliche Angelegenheiten.

Wie bereits betont, ist die ungarische Honved-Armee schon seit Jahren Gegenstand eines weitgefächerten Umgestaltungsprozesses. Dieser bezieht sich in erster Linie auf - durch internationale Verträge festgelegte aber auch durch starke finanzielle Engpässe erzwungene - Reduzierungen bei Personal, Waffensystemen, militärischen Immobilien u. ä.; auf tiefgreifende Veränderungen in den Führungssystemen, der strukturell-organisatorischen Gliederung, der Dislozierung und territorialen Verteilung der Truppen, auf das Bildungs- und Ausbildungssystem, die rückwärtige und materielle Sicherstellung, die Demokratisierung der gesamten militärischen Führungs- und Lebensprozesse.

Die Ziele dieses Umgestaltungsprozesses sind vielfältig, sie sind in Gesetzen und Verordnungen festgelegt, dienen bisher jedoch im Kern allgemein der Erreichung eines Grundanliegens: der Schaffung einer personell erheblich reduzierten, dafür aber moderneren, bei Notwendigkeit schnell für Verteidigungszwecke einsetzbaren Armee. In seinem Referat auf der Führungskonferenz der ungarischen Honved-Armee zu Beginn des Jahres 1995 betonte Minister Keleti die Notwendigkeit, unaufschiebbare Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß die ungarischen Streitkräfte in ihrem gegebenen zahlenmäßigen Bestand und ihrer Struktur nicht mehr finanzierbar seien. Wenn er weiterführend die Formulierung wählte, daß im Zentrum der Militärpolitik der ungarischen Regierung künftig als wichtigste Aufgabe die Absicht stünde, die Honved-Armee

\* so schnell als möglich;

\* unter Beachtung des Sparsamkeitsprinzips;

so umzugestalten, daß sie rasch in die NATO eingegliedert werden kann, so kennzeichnete er offenbar die entscheidenden Faktoren, denen die Weiterentwicklung der Streitkräftereform in ihrer neuen Etappe dienstbar gemacht werden soll.

Die Problematik der Beschleunigung der Umgestaltungsprozesse ergibt sich zum einen aus dem Wunsch, NATO-Beitritt und Interoperativität der Armee so bald als möglich anvisieren zu können. Sie erwächst zum anderen aus dem

bisher eingetretenen Tempoverlust bei der Armee reform, der zwar verschiedene Gründe hatte, letztlich jedoch auf den ständig prekärer werdenden Mangel an finanziellen Mitteln zurückzuführen ist. Charakteristikum dieser Lage war über viele Jahre ein unlösbarer Widerspruch zwischen dem Bedarf an materiellen und finanziellen Mitteln und den fehlenden Möglichkeiten seiner Deckung. Dies äußerte sich deutlich durch das ständige, jährlich faktisch regelmäßige Zurückbleiben des vom Finanzressort der Regierung und vom Parlament zugebilligten Wehretats gegenüber den von der obersten militärischen Führung ohnehin schon minimierten Etatanforderungen. Ein wesentliches Kennzeichen in dieser Hinsicht war die stetige degressive Entwicklung des Verteidigungshaushaltes seit dem Jahre 1988. Nach zuverlässigen Angaben ging der Anteil der Haushaltsaufwendungen für die Landesverteidigung von ca. 3,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes im Jahre 1988 stetig bis auf weniger als 2,0 Prozent im Jahre 1995 zurück

Die ab 1990 ausufernde inflationäre Entwicklung im Lande nahm zu gleicher Zeit einen recht nachteiligen Einfluß auf den praktisch nutzbaren Wert des Militäretats. Bei Berücksichtigung der durch die Inflation eingetretenen Geldentwertung verringerte sich der reale Wert des Militärhaushaltes daher auf weniger als 60 Prozent im Verhältnis 1995 : 1988. Das erzwang gleichzeitig eine perspektivisch negativ wirkende Veränderung der Größenverhältnisse der für Erhaltung (einfache Reproduktion) einerseits sowie Entwicklung (erweiterte bzw. intensivierete Produktion) andererseits bereitgestellten Teilfonds. Dieses Verhältnis verschlechterte sich von 80 : 20 im Jahre 1988 auf ca. 95 : 5 im Jahre 1996, was vor allem eine äußerst degressive Entwicklung der Investitionen im Verteidigungsbereich zur Folge hatte. Angesichts dieser Lage konnte von einer kontinuierlichen, militärisch wirksamen Modernisierung, Neuorganisation und auch Vorratsbildung (die bis 1989 angelegten militärischen Bestände im Wert von rd. 70 Mrd. Forint wurden vollständig aufgezehrt) kaum die Rede sein.

Strikte Beachtung des Sparsamkeitsprinzips muß somit ein alle Teilaspekte der Armeegestaltung erfassender Grundgedanke der Vorgehensweise sein. Die Führung der Honved-Armee fordert dabei vor allem die Beachtung zweier allgemeiner Konsequenzen. Zum einen die Aufdeckung aller Reserven für Einsparungen und Ressourcenmobilisierungen innerhalb der Streitkräfte, wie Rationalisierung und Effektivierung der Tätigkeit auf allen Führungsebenen und in allen Garnisonen und Formationen, Veräußerung aller überschüssigen Immobilien und Ausrüstungen, Zurückdrängung und Beseitigung von Diebstählen und Unterschlagungen u. a. m.

Zum anderen müsse die Situation auf dem Gebiet der militärischen Haushaltsfinanzierung grundlegend verbessert werden. So forderte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Ungarischen Landesversammlung, Imre Mecs, wiederholt und nachdrücklich, ein langfristig gültiges System von Programmhaushalten auch für den Verteidigungsbereich schnell auszuarbeiten und in Kraft zu setzen. Diese sollten mit den mittel- und langfristigen

Konzeptionen der Streitkräfteumgestaltung faktisch synchronisiert werden und deren gesamte Finanzierung über die volle Realisierungsfrist überschaubar und kontrollfähig abdecken. Hiermit verbunden verwies er in Übereinstimmung mit der obersten militärischen Führung mehrfach auf die Notwendigkeit, angesichts des Vorrangs der Integrationsbestrebungen Ungarns und der damit verbundenen Ambitionen auf den baldigen NATO-Beitritt mit dem Rückgang des Verteidigungshaushaltanteils am BIP endgültig Schluß zu machen. An dieser Stelle muß darauf verwiesen werden, daß nach ungarischer Darstellung die meisten NATO-Staaten ca. 3 Prozent ihres BIP für Verteidigungszwecke bereitstellen; Ungarn 1,7 Prozent. Im Herbst 1996 bekräftigte Mecs seine Auffassung, daß die neuen Gegebenheiten früher oder später erzwingen werden, annähernd ein Drittel der Verteidigungsaufwendungen für Zwecke der Entwicklung bereitzustellen. Falls die unzureichende Stabilisierung der ökonomischen Lage des Landes die dafür erforderliche Erhöhung des Militäretats gegenwärtig noch nicht erlaube, müsse wenigstens eine entsprechende Kursänderung eingeleitet werden. Dies werde an den neuen Haushaltsvoranschlägen des Finanzministeriums für das Jahr 1997 auch erkennbar.

Eine Umgestaltung der ungarischen Streitkräfte mit dem Ergebnis ihrer Bereitschaft zur Eingliederung in die NATO (als dritter und letzter Faktor zur Neuausrichtung der Reformprozesse) verlangt schließlich, die Konzeptionen für die zweite Etappe der Streitkräftereform, deren Beginn seit längerer Zeit für 1997/98 anvisiert wurde, streng auf dieses Ziel auszurichten.

Im weiteren sollen nunmehr aus den daraus resultierenden Konsequenzen zwei der wichtigsten Problemfelder etwas eingehender behandelt werden.

### **3. Streitkräftereform und NATO-Kompatibilität der Honved-Armee**

In einem Ende 1996 veröffentlichten Interview betonte der Kommandeur der Ungarischen Honved-Armee, Generalleutnant Ferenc Vegh, daß auch für die Streitkräfte seines Landes die allgemeingültige Anforderung an alle im europäischen Sicherheitsterritorium wirkenden militärischen Kräfte gültig sei, die aus den seit dem Ende des Kalten Krieges völlig veränderten militärpolitischen Gegebenheiten erwuchs: Angesicht sehr vielfältiger künftiger Einsatzmöglichkeiten auf nationaler wie auf internationaler Ebene muß der Aufbau der Streitkräfte primär eine hohe Flexibilität ihrer Anwendbarkeit gestatten, was wiederum das Streben nach kompatiblen Strukturen bedingt. Anders gesagt geht es um die Schaffung einer Armeestruktur, die die Erfordernisse einer NATO-Mitgliedschaft weitestgehend berücksichtigt.

Auf die Frage nach dem Inhalt des Begriffes Kompatibilität hob Generalleutnant Vegh dabei erstens hervor, daß darunter übereinstimmende oder einander nahekommende Fähigkeiten, gemeinsame Kontaktbereiche, Austauschbarkeit und gemeinschaftliche Einsetzbarkeit zu verstehen sei. Zweitens bedeute Kompatibilität die Fähigkeit zum interoperativen Zusammenwirken, das heißt die Fähigkeit der Formationen, des Personalbestandes zu synchronen Handlungen mit den Verbündeten und Partnern, zum gemeinsamen Auftreten, zu gemeinschaftlichen Konzeptionen, zum - ohne jede Einschränkung - einheitlichen Einsatz.

Das Endziel der ungarischen Armee reform wäre entsprechend dieser Sachlage nunmehr eindeutig die Schaffung einer Streitkräftestruktur, die eine Armee mit den geschilderten Fähigkeiten hervorbringt.

Wie in einem jüngst veröffentlichten Beitrag der Operativen Hauptverwaltung des Ungarischen Generalstabes aufgeführt wird, müssen demnach zielstrebig umgestaltet werden: Die gesamte Struktur der Ungarischen Honved-Armee, ihre Führung, ihr Personalbestand, ihre personelle Zusammensetzung, ihre technische Versorgung, ihr Versorgungssystem, ihre Gefechtsbereitschaft, das Planungssystem, die Ausbildung der Kommandeure und Stäbe entsprechend den Vorschriften der NATO.

Diese Umgestaltung wurde bereits auf der Grundlage der Regierungsanordnung 2383/1995 (XII./7.) in Angriff genommen, die zur Durchführung des Parlamentsbeschlusses 88/1995 (VII./6.) erlassen wurde. Im Sinne des genannten Parlamentsbeschlusses sollen im Ergebnis der Umgestaltung stufenweise, in mehreren Schritten zwar kleinere, aber eindeutig schlagkräftigere bewaffnete Kräfte entstehen, die in die militärischen Formationen der NATO integrierbar sind.

Die ungarische militärische Führung hebt hervor, daß im Interesse eines allseitig notwendigen Zusammenwirkens sowohl eine technische als auch eine geistige Kompatibilität mit der NATO erreicht werden müsse. Da für die Schaffung der technischen Kompatibilität in der ersten Periode zunächst leider nur geringere, ja nur minimale Bedingungen vorhanden seien, komme der geistigen Kompatibilität eine um so größere Bedeutung zu. Zur Gewährleistung einer geistigen Kompatibilität gehöre es, in dieser Sphäre die volle Übereinstimmung aller einschlägigen Prinzipien und Prozesse, die Zusammenfügbarkeit der Abläufe der Planung und Entscheidungsfindung, der Möglichkeiten des Zusammenwirkens und der Kommunikationen zu schaffen, desgleichen die Adaptierbarkeit der Systeme der Organisation, der Vorbereitung des Einsatzes.

Die Herbeiführung der geistigen Kompatibilität ist nach Meinung des Generalstabes jenes Feld einer beschleunigten Umgestaltung, das die besten Voraussetzungen für Zeitgewinn und zugleich die geringsten Kostenansprüche mit sich bringt. So ist es nicht verwunderlich, daß auf Anordnung des Kommandeurs der Ungarischen Honved-Armee Ende 1995 eine „Euro-

atlantische Integrationsarbeitsgruppe des Ungarischen Generalstabes“ gegründet wurde, die seit dem 1. Januar 1996 tätig ist.

Die Hauptaufgabe dieser Arbeitsgruppe besteht in der Ausarbeitung jener Veränderungen, die zur Harmonisierung der Vorschriften, der Stabsarbeit und der Ausbildung erfolgen müssen sowie in der Vorbereitung der dazu erforderlichen Führungsentscheidungen.

Als eine Schlüsselfrage betrachtet man in diesem Zusammenhang die umfassende Intensivierung der Fremdsprachenausbildung und -weiterbildung des Berufspersonals, insbesondere hinsichtlich der englischen Sprache, als unerlässlicher Vorbedingung für die tiefgreifende Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten. Natürlich trifft dies in erster Linie für das Führungspersonal aller Ebenen zu, gilt aber auch für die Offiziere der Truppenformationen, der Bildungs- und Versorgungseinrichtungen und letztlich das gesamte Berufspersonal der bewaffneten Kräfte.

Von erheblicher Bedeutung insbesondere für die fremdsprachliche Weiterbildung war die vor kurzer Zeit stattgefundene Einrichtung des „Militärischen Fremdsprachenzentrums der ‘Partnerschaft für den Frieden’“ in Budapest. Nicht weniger bedeutsam sind die im März 1996 in fünf Garnisonen angelaufenen Kurse zur Verbesserung der Fremdsprachengrundkenntnisse der Truppenoffiziere.

Als außerordentlich wichtig für die Gewinnung von praktischen Erfahrungen des gemeinschaftlichen Einsatzes und des Zusammenwirkens betrachtet die ungarische militärische Führung die Teilnahme von ungarischen Truppenformationen an den jährlich vorgesehenen Manövern mit multinationaler Beteiligung im Rahmen der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ sowie die Teilnahme eines ungarischen Kontingents am IFOR-Einsatz in Bosnien. Hier verbinden sich praktische und geistige Elemente der Kompatibilitätsvorbereitung aufs engste.

Voraussetzung hierfür war jedoch die Auswahl des Kreises der für das Zusammenwirken mit der NATO bestimmten Truppenformationen und militärischen Objekte durch die ungarische militärische Führung im Jahre 1995/96. Diese begannen unmittelbar danach mit den Vorbereitungen auf ihre speziellen Aufgaben. Dazu zählt der modulgerechte Aufbau der Truppenteile, die Gewährleistung ihrer Fähigkeit zur wechselseitigen Unterstellung, die Schaffung der notwendigen Proportionen zwischen mit Gefechtsfahrzeugen ausgerüsteten und leicht bewaffneten Truppenteilen, von Flieger- und Hubschraubereinheiten, einer reibungslosen guten Führung, die Sicherung der logistischen Unterstützung auf dem erforderlichen Niveau, einer den NATO-Erwartungen entsprechenden Autonomie u. a.

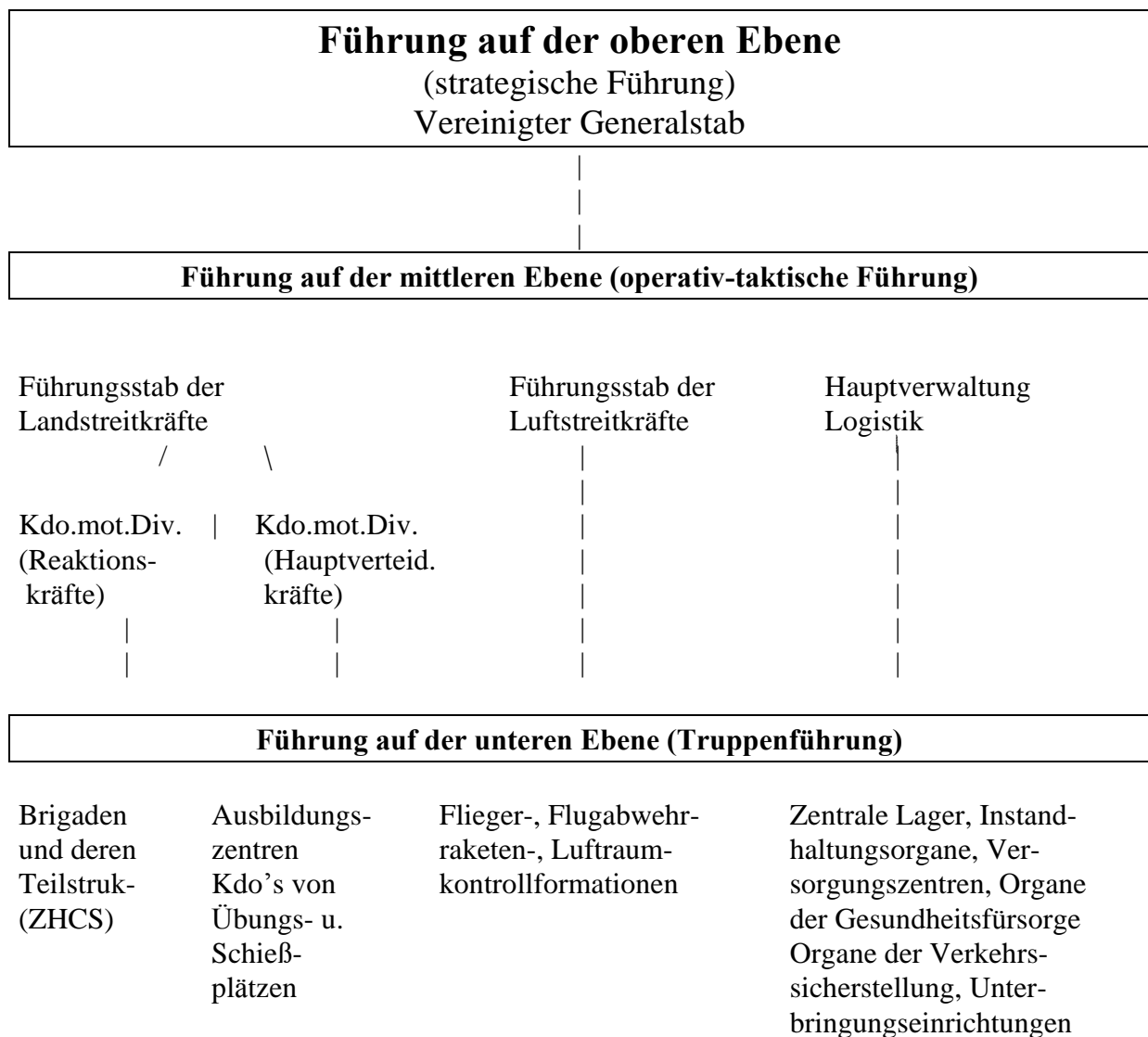
In diesem Rahmen entstand - nach Angaben der operativen Hauptverwaltung des ungarischen Generalstabes - bereits eine selbständige motorisierte Brigade der Landstreitkräfte mit der Fähigkeit zum sofortigen Zusammenwirken mit den NATO-Ländern. Ebenfalls wurde ein schnellreaktionsfähiges selbständiges

Bataillon gebildet zur Teilnahme an friedenserhaltenden bzw. friedensschaffenden Maßnahmen im Verbund mit NATO-Kontingenten, entsprechend den von Ungarn im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ eingegangenen Verpflichtungen.

Durch die operative Hauptverwaltung des Generalstabes wurde ein Plan zur Kompatibilität der Grundstruktur des Friedenssystems der Führung der Ungarischen Honved-Armee ausgearbeitet und der obersten Führung zur Entscheidung vorgelegt.

(Schema nach: „Magyar Honved“, Budapest, Sondernummer „Unser Weg in die NATO“, Dezember 1996, S. 27)

**Tabelle 2**



Obwohl das Gesamtschema des Führungssystems noch als Plan ausgewiesen wird, wurde mit seiner Umsetzung durch tiefgreifende Veränderungen bereits begonnen. Das betrifft vor allem erstens die Umgestaltung des Kommandos der Ungarischen Honved-Armee zum Vereinigten Generalstab und zweitens die Umgestaltung der Führungsorgane der mittleren Ebene in Übereinstimmung mit Veränderungen in der Zusammensetzung der Streitkräfte nach Teilen und Strukturelementen.

Der Grundaufbau der Ungarischen Streitkräfte umfaßt danach seit 1. Januar 1996

- \* Landstreitkräfte und Luftstreitkräfte als Teile;
- \* innerhalb dieser sind verfügbar Krisenreaktionskräfte, Hauptverteidigungskräfte bzw. territoriale Verteidigungskräfte, Reservistenkräfte.

Grundlegendes Erfordernis beim Aufbau der Friedensstrukturen ist die Konzentration der Kräfte und Mittel sowie die Auflösung unwirtschaftlich arbeitender bzw. zersplitterter Formationen. Im Interesse der Erreichung der Ziele sollen die zuständigen Stellen neben der Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen insbesondere die in- und ausländischen wissenschaftlichen Analysen und Studien berücksichtigen.

Sichtbarer Ausdruck der begonnenen Veränderungen im Führungssystem waren die mit Wirkung von Ende Dezember 1995 vorgenommene Auflösung des Kommandos der Truppen der Landstreitkräfte und die Schaffung des Kommandos des 4. mot. Schützenkorps; die Auflösung des Kommandos der Luftverteidigung der Ungarischen Honved-Armee und die Schaffung des Kommandos des 2. Korps der Fliegerkräfte und Luftabwehr; die Auflösung der Kommandos der bisherigen vier Militärbezirke und die Schaffung eines Kommandos für Zentrale Angelegenheiten.

In enger Zusammenarbeit mit diesen Umgestaltungen wurden zum gleichen Zeitpunkt umfassende Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Kommandeurbestandes vorgenommen. So wurden allein in führende Dienststellungen ca. ein halbes Hundert Persönlichkeiten neu eingesetzt. Nach einschlägigen Verlautbarungen der militärischen Führungsspitze ging es insgesamt um eine umfassende Verjüngung des Kommandeursbestandes. Die relativ jungen Generale und hohen Offiziere, die durchweg in den letzten Jahre höhere militärische Lehreinrichtungen mit Erfolg absolviert hatten, sollten ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Heimat anwenden und sich als Verantwortungsträger selbst bestätigt fühlen. Dem militärischen Führungsnachwuchs sollte durch die Überwindung des Beförderungsstaus gezeigt werden, daß sich steigende Qualifikation und verantwortungsvoller Dienst auf Dauer durch das Nachrücken in höhere Dienststellungen auszahlen.

Wie Minister Keleti auf einer Führungskonferenz zu Beginn der Umgestaltung selbst mitteilte, wurde neben der Strukturveränderung des Führungssystems dabei zugleich das Ziel verfolgt, den Personalbestand der oberen und mittleren Führungsebene - bei Stärkung der Rolle und Selbständigkeit der unteren Organe der Truppenführung - um mehr als 20 Prozent zu verringern.

Mit dieser Vorgehensweise, die der strategischen Option der Gestaltung einer kleineren, aber modernerer Honved-Armee untergeordnet war und ist, wurde der Personalabbau als bereits langjähriges wesentliches Element der ungarischen Streitkräfteentwicklung auch auf den Bereich der Führung - insbesondere seiner oberen und mittleren Ebene - ausgedehnt. Zwar hatten bestimmte personelle Reduzierungen, nicht zuletzt durch ein eigentlich unerwünschtes Ausscheiden von qualifizierten jungen Führungskräften auf deren individuelles Drängen hin (mit dem Ziel verbesserten Einkommens in der nichtmilitärischen Sphäre) auch schon vorher stattgefunden. Doch mit dem Jahreswechsel 1995/96 wurde in Realisierung des Beschlusses der Landesversammlung vom 30. Juni 1995 über die Richtungen und die Personalentwicklung der mittel- und langfristigen Umgestaltung der Honved-Armee der Personalabbau planmäßig auf die Führungskräfte ausgedehnt.

Nach Berechnungen des ungarischen Verteidigungsministerium (Quelle: „Magyar Honved“, Budapest, Nr. 29/1995 vom 21. 7. 1995, S. 5) verlief bzw. verläuft die personelle Bestandsentwicklung der ungarischen Streitkräfte wie folgt.

### Tabelle 3

#### Entwicklung der Personalstärke der Streitkräfte Ungarns

Jahr	Offiziere	Unteroffz. offiziere	Wehrpfl. u.freiw. Längerdien.	Zivilange- stellte	Gesamt- zahl
1989	17 800	12 700	91 900	33 300	155 700
1990	17 300	12 400	81 000	32 500	143 200
1991	16 800	11 900	65 300	27 600	121 600
1992	14 400	8 500	51 100	26 000	100 000
1993	13 700	8 300	52 340	25 660	100 000
1994	13 200	9 600	51 900	23 700	98 400
1995	13 500	10 700	39 800	20 600	84 600
1996	11 400	10 700	34 300	15 000	71 400
1997	10 000	10 800	33 000	10 500	64 300
1998	9 800	10 800	31 000	8 400	60 000

Der Personalabbau in der Honved-Armee hatte, wie insbesondere auch die chronisch defizitär finanzielle Ausstattung der Streitkräfte als Hauptgrund, äußerst negative Folgen für das Lebensniveau der ungarischen Berufssoldaten

und deren Familien. Darauf kann bei aller Bedeutung dieser Problematik hier nicht näher eingegangen werden. Es sei auf die Ausführungen dazu in den Heften Nr. 9/1993, 15/1994 und 28/1996 dieser Schriftenreihe verwiesen.

Eines der problematischen Gebiete der Schaffung der NATO-Kompatibilität liegt auf dem Feld der militärischen Technik und Bewaffnung, einschließlich des gesamten Systems der materiell-technischen Sicherstellung und Versorgung. Dabei handelt es sich um ein außerordentlich weitgefächertes Gebiet, daß sich im hier zu behandelnden Zusammenhang besonders durch zwei Spezifika auszeichnet: **erstens** durch die gerade in diesem Bereich weitesten Differenzen zwischen der vorhandenen Technik, Bewaffnung und Ausrüstung der NATO-Staaten einerseits und den früheren Mitgliedsländern des Warschauer Vertrages (damit auch Ungarns) andererseits und **zweitens** durch die mit keinem anderen militärischen Bereich vergleichbaren immens großen finanziellen Mittel, die zur Gewährleistung einer tatsächlich durchgreifenden Überwindung dieser Differenzen bereitgestellt werden müssen.

In der Antrittsrede des Mitte 1996 neu ernannten Kommandeurs der Honved-Armee und zugleich Chefs des Generalstabes, Generalleutnant Ferenc Vegh, bezogen sich die kritischsten Wertungen auf den völlig unbefriedigenden Zustand der materiell-technischen Sicherstellung. Seit ca. 15 Jahren vollziehe sich aufgrund der chronischen Unterfinanzierung eine von Jahr zu Jahr zunehmende Verschlechterung der Lage. Große Sorgen bereite die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Militärtechnik, der Rückgang der Leistungen in der industriellen Instandsetzung, das mit beiden verbundene Absinken des realen Normativzustandes der Technik, die fortschreitende Verschlechterung des Umwelt- und Brandschutzes und nicht zuletzt auch des Zustandes der Armeemobilien.

Wegen der Überalterung und der unterbleibenden vorsorglichen Instandhaltung der Kraft- und Gefechtsfahrzeuge sowie der Pionier- und Nachrichtentechnik verringere sich deren Gefechtswert stetig und werde ständig unsicherer. Die Betriebsbereitschaft der Flugtechnik sei Zug um Zug auf etwa 50 Prozent zurückgegangen, wobei der Grad der Gefechtsbereitschaft der Hubschrauber besonders kritisch zu bewerten sei.

Die negative Lagebewertung wurde in vollem Umfang auch auf die völlig unzureichenden Bedingungen bei der Indienststellung, Wartung und laufenden Instandhaltung der in letzter Zeit aus Deutschland und der Russischen Föderation gelieferten Militärtechnik ausgedehnt.

Als Auswege aus der entstandenen Situation wurden von Generalleutnant Vegh, in Stellungnahmen des Verteidigungsministerium sowie während des Verlaufs von Führungskonferenzen folgende Maßnahmenkomplexe ausgeführt:

(1) Die auch allgemein unbedingt notwendige Deckung der lebenswichtigen, eingepplanten Verteidigungsaufgaben durch längerfristig festgelegte stabile

finanzielle Fonds aus dem Verteidigungshaushalt müsse endlich verwirklicht werden.

(2) Die vorgesehene weitere Reduzierung der Anzahl von Truppenformationen und Garnisonen bzw. deren Umstrukturierung solle mit einer konsequenten Aussonderung veralteter sowie nicht mehr benötigter Technik, Ausrüstung und Immobilien verbunden werden und so zu einer Senkung des erforderlichen Aufwandes für Wartung, Instandhaltung, Instandsetzung sowie für die materiell-technische Versorgung führen.

(3) Trotz des auch weiterhin bestehenden Mangels an materiellen und finanziellen Mitteln müsse die dringend notwendige technische Modernisierung der Honved-Armee in Form eines konkreten, mittel- und langfristig festgeschriebenen Planes gebracht und in ganz bestimmten Schwerpunktbereichen der Teilstreitkräfte konkret mit seiner Umsetzung begonnen werden. Die Ausrichtung dieser Prozesse auf die Schaffung der technischen Kompatibilität mit der NATO stelle die Honved-Führung vor die Aufgabe, sehr strenge und gut durchdachte Prioritätslisten auszuarbeiten.

Dementsprechend sieht der Beschluß der Ungarischen Landesversammlung über die Bestätigung des Modernisierungsplanes der Honved-Armee bis zum Jahre 2005 vor, diesen Prozeß im Jahre 1998 zu beginnen und auf sechs Entwicklungsgebiete zu konzentrieren:

- \* das nachrichtentechnische Netz, die Modernisierung der Führungs- und Informationssysteme,
- \* die Modernisierung der Einheiten der Luftverteidigung, dabei vor allem der Ausbau der elektronischen Ausrüstung der Flugzeuge, die Auswechslung verschiedener Raketensysteme, die Schaffung computergestützter Systeme der Zielauswahl und -heranführung,
- \* die Erneuerung der Luftabwehrmittel geringer Reichweite, darunter des Netzes der Funkortungstechnik für niedrige Höhen sowie zur Vernichtung niedrig fliegender Ziele geeigneter, von Hand startbarer Abwehrraketen,
- \* Auswechslung der Gefechtstechnik luftbeweglicher Formationen,
- \* Erneuerung der Panzerabwehr,
- \* Modernisierung des Systems der sogenannten pioniertechnischen Sperren.

Wie ersichtlich, stehen die Modernisierung der Fliegerkräfte und die Herstellung der technischen Kompatibilität mit der NATO in diesem Bereich im Vordergrund. Wie schon weiter vorn erwähnt, unterbreitete Ungarn bereits in seinem Angebotsdokument an die NATO-Organe vom 6. Juni 1994 als ein Hauptgebiet des Zusammenwirkens die „Entwicklung der ungarischen Luftverteidigung auf dem Weg des effektiven Zusammenwirkens mit den entsprechenden Organen der NATO“ und handelt seitdem entsprechend.

Ein entscheidender Teil des Zusammenwirkens, der bereits früh wirksam wurde und zweifellos tiefgreifende positive Wirkungen zeitigte, war ganz offensichtlich die Öffnung des ungarischen Luftraumes und die Bereitstellung ungarischer Flugplätze für AWACS-Flugzeuge der USA, die zur Luftraumüberwachung über dem Territorium der Bürgerkriegskonflikte des früheren Jugoslawiens handelten. Dies mußte Konsequenzen für die Einfügung der betroffenen Teile der Honved-Armee in die Freund-Feind-Kennung und überhaupt des Identifizierungssystems der NATO und speziell der USA-Streitkräfte haben. Verstärkt wurde diese Entwicklung später noch durch die noch weitergehende Öffnung des ungarischen Landesterritoriums für die USA-IFOR-Einheiten, einschließlich der Einrichtung der dafür benötigten Unterbringungs-, Übungs- und Logistikbasen.

Auch die Lieferung von 28 Hochleistungsabfangjägern des Typs MiG-29 durch die Russische Föderation an Ungarn im Zuge des Abbaues der umfangreichen russischen Außenhandelsschulden kann als ein Schritt in Richtung technische Kompatibilität mit der NATO bewertet werden, da Maschinen des gleichen Typs durch die deutsche Luftwaffe aus NVA-Beständen mit der Wiedervereinigung übernommen und in das Luftverteidigungssystem der NATO - mit den entsprechenden elektronischen Veränderungen - eingefügt wurden.

Das ungarische Bestreben nach Anpassung der Luftverteidigung an das Niveau und System der NATO setzt sich in wachsender Breite fort, auch wenn die einschlägigen Geheimhaltungsbestimmungen darüber nicht sehr viel in die Öffentlichkeit dringen lassen. Immerhin vermeldete die ungarische Militärpresse Anfang Dezember 1995, daß mit Großbritannien Gespräche über den Ankauf des modernsten englischen Luftabwehr-Raktensystems stattfanden, und im Februar 1997 zitierte man eine Reutermeldung, wonach in Kürze ungarischerseits über die Beschaffung von Fliegerabwehrraketen mit Handstart im Werte von ca. 100 Millionen Dollar entschieden werden solle. Im gleichen Monat solle über die Beschaffung von modernsten Radarsystemen für die Luftraumüberwachung eine Ausschreibung erfolgen.

Hinsichtlich der möglichen Lieferanten der oben genannten Technik wurde mit Berufung auf den leitenden Direktor des Amtes für Beschaffung im Ministerium für Landesverteidigung ein Kreis von fünf miteinander im Wettbewerb stehenden Firmen genannt: Short Brother - Nordirland; die zu General Motors zählende Hughes Electronics - USA; Bofors - Schweden; Matra - Frankreich und Daimler-Benz - Deutschland.

Ein grundlegender Wunsch der militärischen Führung Ungarns besteht nach Aussagen von Generalleutnant Ferenc Vegh darin, die Rolle der heimischen Industrie bei der technischen Modernisierung der Honved-Armee und bei der Sicherstellung der täglich erforderlichen Dienstleistungen zu erhöhen - bei dem zuletzt genannten Aufgabengebiet sicherlich ein eher erreichbares Anliegen.

Mit dem Ziel, die Hauptinstandsetzungen sowie die Ersatzteilversorgung der Panzer und anderen Gefechtsfahrzeuge der Honved-Armee auf hohem technischen Niveau, den NATO-Erfordernissen stetig näher kommend zu

gewährleisten, wurde bereits zu Jahresbeginn in Gödöllő bei Budapest die „Currus“ Gefechtsfahrzeug AG gegründet. Sie ist das einzige derartige Unternehmen in Ungarn, verfügt als früherer realsozialistischer Betrieb auf seinem Fachgebiet über mehr als 40jährige Erfahrungen und befindet sich nun im Besitz des Ministeriums für Landesverteidigung und des Staatlichen Entwicklungsinstitutes. Der auf neuer unternehmerischer Basis tätige Betrieb hofft, sich zu einem der Zentren der selbständigen ungarischen Verteidigungsproduktion entwickeln zu können, dabei auch entwickelte einschlägige Technik aus den westlichen Ländern zu nutzen, zugleich aber auch zivilen Bedarf aus angrenzenden Bedarfspaletten zu bedienen.

Bei vorbildlicher Erfüllung der vertraglich vereinbarten Abrüstungsvereinbarungen und einer weiterhin aktiven Mitwirkung an den Rüstungskontrollpolitischen Foren der OSZE ist Ungarn mit dem Ziel einer zuverlässigen, hochtechnologischen Fundierung der Modernisierung seiner Streitkräfte im Sinne der technischen Kompatibilität mit der NATO selbstverständlich stark an der Einfügung in die internationale Rüstungswirtschaftliche Integration interessiert.

Die Masse der damit verbundenen Aktivitäten unterliegt, wie bereits erwähnt, strengen Geheimhaltungsbestimmungen. Sie stoßen darüber hinaus verständlicherweise auch immer wieder an Grenzen, die durch die erhebliche Devisenverschuldung des Landes in westlicher Richtung und seine äußerst eingeschränkten innenpolitischen Finanzierungsmöglichkeiten gezogen werden.

Dies bedeutet jedoch in keiner Weise einen Stillstand bzw. völlig fehlende Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich. Eines der hierfür bekanntgewordenen positiven Beispiele ist das nunmehr regelmäßige Stattfinden der „Mittleuropäischen Fachausstellung für Verteidigungsausrüstungen und Fliegertechnik“ auf dem Territorium von Hungexpo in Budapest. Diese Spezialmesse wird im November 1997 nach 1993 und 1995 bereits zum dritten Mal veranstaltet. Nach einer amtlichen Beurteilung („Magyar Honved“ Budapest, Nr. 10/1996 v. 8. März 1996, S. 10 f) nahmen an der 95er Messe 178 Aussteller aus 18 Ländern teil, es wurden während der viertägigen Veranstaltung mehr als 14 200 Besucher gezählt (Zuwachs gegenüber 1993 ca. 17 Prozent), davon 15 Prozent aus dem Ausland. Ein Großteil sowohl der Aussteller als auch der Besucher äußerte sich befriedigt bis sehr zufrieden hinsichtlich seiner Erwartungen an die Ausstellung, fast alle wollen auch 1997 teilnehmen. Ein doch bemerkenswertes praktisches Detail in Bezug auf die Einfügung Ungarns in die internationale Rüstungsintegration. Daß hinter den Kulissen eine starke internationale Konkurrenz um künftige ungarische Rüstungsaufträge im Gange ist, dürfte darüber hinaus außer Zweifel stehen. Immer wieder deuten z. B. Presseveröffentlichungen darauf hin, daß die US-amerikanische Außenpolitik in allen NATO-Beitrittsländern darauf dringt, daß für ihre Armeen US-Wehrtechnik beschafft wird und nicht deutsche oder andere westeuropäische.

Abschließend soll ein nach Meinung des Verfassers wesentlicher Aspekt der ungarischen Bestrebungen nach der NATO-Kompatibilität der Honved-Armee erwähnt werden. Der Übergang von vorwiegend quantitativen zu primär qualitativen Zielstellungen bei der weiteren Umgestaltung der Honved-Armee, die Anstrengungen zur Beschleunigung der Streitkräftereform sind - bei aller Bedeutung des Wunsches nach Beitritt zur NATO - nicht allein diesem Anliegen geschuldet. Auch ohne Vorhandensein eines solchen Wunsches bedinge das allgemeine, unumgängliche Erfordernis einer tiefgreifenden Modernisierung ein schnelles, grundsätzlich qualitativ orientiertes Voranschreiten zu neuen Strukturen in allen Teilbereichen der bewaffneten Kräfte. In voller Übereinstimmung damit will Ungarn als neues NATO-Mitglied keinesfalls ein „Nettokonsument“ der daraus erwachsenden verteidigungspolitischen Vorteile werden, sondern einen aktiven Beitrag zur kollektiven Sicherheit des Bündnisses erbringen. Dazu zähle nicht zuletzt die Bewahrung und das Einbringen aller positiven Erfahrungen und Gegebenheiten des ungarischen Militärwesens, in diesem Sinne die Ausprägung einer stabilisierenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Funktion der Ungarischen Republik in Mitteleuropa.

#### **4. Stand und Perspektiven der zivilen Kontrolle der bewaffneten Kräfte**

In Ungarn werden immer wieder sechs grundlegende Bedingungen zur Erlangung einer NATO-Mitgliedschaft angeführt, zu denen bereits an zweiter Stelle die demokratische und zivile Leitung und Kontrolle der Streitkräfte gezählt wird. Dementsprechend wurden im ungarischen Angebotsdokument an die NATO vom Juni 1994 mit an vorderster Stelle die demokratische Kontrolle der bewaffneten Kräfte als ein Feld der Entwicklung und des Zusammenwirkens genannt.

Kennzeichnend für den dabei bisher zurückgelegten Weg in Ungarn, dessen Resultate der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im britischen Parlament, Mikel Colvin, auf einer Pressekonferenz in Budapest zum Abschluß seines Ungarnbesuches im Februar 1997 so beurteilte, daß „... die gegenüber der Landesverteidigung in Ungarn ausgeübte zivile Kontrolle ihm als mindestens so gut - wenn nicht noch besser - erscheint, wie die im Vereinigten Königreich ausgeübte gegenwärtig gültige Praxis ...“, sind unter anderem folgende in den letzten Jahren vorgenommenen Veränderungen gegenüber der Vergangenheit:

(1) Sofort mit dem Übergang des Landes zum demokratischen Mehrparteiensystem im Herbst 1989 wurde die bis dahin herrschende USAP auf den Verzicht zur Führung der Armee veranlaßt, ihre Politorgane und Parteiorganisationen in der Armee wurden aufgelöst, das Parlament übernahm die oberste Leitung der

Streitkräfte. Die Arbeiterkampfgruppen hörten auf zu bestehen, 99 Prozent der Berufssoldaten legten den Eid auf die neuausgerufene ungarische Republik ab.

Im Ergebnis der Parlamentswahlen wurden im Frühjahr 1990 Verteidigungsministerium und Armeekommando voneinander getrennt, die Bildung eines Verteidigungsausschusses der höchsten Volksvertretung mit 24 (heute 18) Mitgliedern beschlossen, ebenso die Berufung einer Zivilperson als Minister für Landesverteidigung.

In beiden seit der Systemwende in Ungarn gewählten Regierungen amtierten bzw. amtierten Zivilisten (wenn auch beide, nicht ungünstigerweise, Reserveoffiziere sind) als Minister für Landesverteidigung; Dr. Lajos Für zur Zeit der Antall-Regierung von 1990 bis 1994, György Keleti in der Horn-Regierung seit Mitte 1994 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Ihr Wirken als Zivilisten an der Spitze des Verteidigungsministeriums war zweifellos bedeutsam für den Abbau ungerechtfertigter Prioritäten des militärischen Bereiches, herrührend aus Zeiten des Warschauer Vertrages, für die bessere Koordinierung militärischer und ziviler Aspekte der Gesellschaft und vor allem auch für die ehemals ganz und gar unübliche Demokratisierung der militärischen Sphäre einschließlich des sukzessiven Ausbaues einer zivilen Kontrolle über die bewaffneten Kräfte des Landes. Damit wurde relativ früh der Kompatibilitätsprozeß mit der NATO in dieser sehr bedeutsamen Richtung in Gang gesetzt.

(2) Der früher gar nicht existierende Verteidigungsausschuß der Ungarischen Landesversammlung nimmt im Prozeß der Demokratisierung und zivilen Kontrolle der Armee seit seiner Gründung einen hohen, stetig weiter zunehmenden Stellenwert ein. Ihm gehören Vertreter aller im Parlament agierenden Parteien an, sein Vorsitzender ist seit 1994 (bis dato Stellvertreter des Vorsitzenden) Imre Mecs, ein leitender Funktionär des Bundes der Freien Demokraten vor 1989, ausgeprägt politisch-oppositionell tätig. Der Ausschuß hört regelmäßig führende Vertreter von Regierung und Armeeführung zu Hauptfragen der Entwicklung der Landesverteidigung und der bewaffneten Kräfte überhaupt, berät Entwürfe und Konzeptionen des Verteidigungshaushaltes und der Streitkräfte reform sowie Gesetzesentwürfe, besucht Garnisonen und Truppenformationen, berät über Eingaben und Stellungnahmen von Soldaten und Bürgern zu militärischen Fragen und unterbreitet vor allem dem Parlament und der Regierung Entscheidungsvorschläge.

Zur Veranschaulichung dieser Tätigkeit seien einige der wichtigsten Themen aus dem Arbeitsplan des Verteidigungsausschusses für das erste Halbjahr 1997 angeführt: (Siehe „Magyar Honved“, Budapest, Nr. 6/1997 vom 7. Februar 1997, S. 19)

\* Die Konzeptionen zur weiteren Umgestaltung der Armee und die dabei in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gesammelten Erfahrungen, unter besonderer Beachtung der durch den NATO-Gipfel im Juli zu erwartenden Entscheidungen.

- \* Zur Einführung der neunmonatigen Dienstzeit der wehrpflichtigen Rekruten.
- \* Der Gesetzesvorschlag des Innenministeriums zum Grenzschutz.
- \* Die Investitionen für das Zentrale Armeekrankenhaus.
- \* Die Umgestaltung des Kommandos der Ungarischen Honved-Armee in den Vereinten Generalstab.
- \* Probleme der Finanzierung des militär-technischen Entwicklungsprogrammes bzw. der Gestaltung des Systems eines Programmhaushaltes.
- \* Truppenbesuche bzw. auswärtige Sitzungen u. a. bei den NATO-kompatiblen Sofortreaktionskräften sowie bei den Führungsstäben der Teilstreitkräfte.
- \* Im Rahmen des Teils internationale Kontakte sollen entsprechend den vorliegenden Einladungen Besuche erfolgen beim Verteidigungsausschuß des Britischen Unterhauses, beim Sicherheitspolitischen Ausschuß des Nationalrates und Staatsrates der Schweiz sowie bei der Kommission des Rumänischen Senats für Landesverteidigung und allgemeine sowie nationale Sicherheit.

**(3)** Von grundlegender Bedeutung für die Demokratisierung der bewaffneten Kräfte Ungarns und des gesamten militärischen Lebens war und ist die Ausarbeitung, Verabschiedung und praktische Anwendung entsprechender staatlicher Gesetzeswerke.

Wenn von offizieller regierungsamtlicher Seite das am 1. Januar 1994 in Kraft getretene „Gesetz über die Landesverteidigung“ als von rechtsgeschichtlicher Bedeutung für Ungarn eingestuft wurde, dürfte seine Wertigkeit für die rechtsstaatliche Organisation der Beziehungen zwischen Gesamtgesellschaft und Landesverteidigung durchaus nicht überzogen beurteilt worden sein. Aufgabe des Gesetzes ist es vor allem, die demokratische Rechtsstaatlichkeit auf diesem innen- wie außenpolitisch bedeutsamen Gebiet zu gewährleisten und damit sowohl für die weitere Entwicklung der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Lande wie für die internationale Ausstrahlung eines gelungenen Systemwechsels wichtige Positionen mit juristischer Verbindlichkeit höchster Stufe zu fundieren. Das Gesetz regelt, aufbauend auf dem am 14. April 1993 durch das Parlament einstimmig verabschiedeten „Grundsätzen der Landesverteidigung der Ungarischen Republik“, in 19 Kapiteln mit 264 Paragraphen sehr detailliert die in seinem Geltungsbereich auftretenden Fragen. Es ist veröffentlicht in „Magyar Közlöny“ („Ungarisches Amtsblatt“) 1993, Nr. 188 v. 7. Dezember 1993, S. 11193 ff.

Dazu gehören insbesondere aufschlußreiche programmatische Aussagen, die Bestimmungen über die Befugnisse der Verfassungsorgane, grundlegende Bestimmungen und ausführliche Regelungen über die Streitkräfte und andere an der Landesverteidigung beteiligte Organe sowie über materielle Verpflichtungen gegenüber der Landesverteidigung, Regelungen für den Fall des

Ausnahmezustandes und eines Notstandes, Festlegungen über den Rat für Landesverteidigung, Aussagen über die soziale Fürsorge gegenüber den Wehrdienstleistenden u. a. m. In der ebenfalls sehr umfangreichen, zur gleichen Zeit verabschiedeten Regierungsverordnung Nr. 178/1993 (27.12.) über die Durchführung des Gesetzes sind zahlreiche ergänzende Bestimmungen über Detailfragen und zum Teil auch Erläuterungen zum Gesetzestext enthalten.

Obwohl mit diesem bedeutsamen Gesetzeswerk überaus viele konkrete Probleme der Gestaltung des militärischen Schutzes der Ungarischen Republik in Übereinstimmung mit der Verfassung, den international anerkannten Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates sowie den „Grundprinzipien der Landesverteidigung ...“ geregelt sind, blieben doch sehr wesentliche Einzelprobleme hinsichtlich ihrer detaillierten Fixierung rechtlich weiterhin ungelöst.

Das betraf in erster Linie exakte neue Bestimmungen über die Gestaltung des Dienstverhältnisses und der Dienstlaufbahnen des Berufspersonals und der Längerdienenden sowie Regelungen über die Rechte und Pflichten der Wehrdienstleistenden, der Milizionäre, der Reservisten und auch des Personals der militärischen Lehreinrichtungen.

Da die Verabschiedung solcher mit Gesetzeskraft versehener Bestimmungen für die Rechtssicherheit und die soziale Lage der Soldaten, insbesondere auch für den Erhalt des Berufsethos des vorhandenen Personals und die dringend erforderliche Stimulierung der militärischen Nachwuchsgewinnung von entscheidender Bedeutung ist, unterbreitete Verteidigungsminister György Keleti Ende 1995 der obersten Volksvertretung drei entsprechende, bereits seit längerer Zeit vorbereitete und in verschiedenen Gremien sowie militärischen Interessenvertretungen diskutierte Gesetzentwürfe:

- \* den Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der Berufssoldaten,
- \* den Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der wehrdienstpflichtigen Soldaten,
- \* den Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der Leiter, Lehrer und Hörer der militärischen Hochschuleinrichtungen.

Im Verlaufe der Begründung dieser Entwürfe betonte der Minister ganz besonders, daß mit den genannten gesetzlichen Bestimmungen dem viel benutzten und hoch eingestuften Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“ ein rechtsstaatlich adäquater Inhalt gegeben sowie dessen umfassende praktische Realisierung gesichert werden solle. Es handele sich dabei um weitere wesentliche Maßnahmen der Anwendung europäischer Normen, der Ausrichtung auf die NATO und um einen organischen Teil der euro-atlantischen Integration Ungarns.

Nach insgesamt sechsjährigen Vorbereitungsarbeiten, umfangreichen Diskussionen mit zum Teil heftigen Auseinandersetzungen und der Verarbeitung vielfältiger Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge wurden die drei Gesetze am 14. Mai 1996 von der Landesversammlung verabschiedet. Nach Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten konnten sie am 1. September 1996 in Kraft treten, womit den lange aufgestauten Erwartungen des Personalbestandes der Honved-Armee endlich entsprochen wurde. Leider nimmt die Realisierung des mit der Rechtsstellung der Berufssoldaten verknüpften Gesetzes in einer von dem betroffenen Personenkreis ganz besonders erwünschten Richtung immer noch einige Zeit in Anspruch: Eine spürbare Anpassung ihrer Einkünfte, die den an sie gestellten speziellen Anforderungen mehr als bisher gerecht wird und eine Annäherung an das im zivilen Bereich übliche Niveau bedeuten würde, ist bis zur Einführung neuer Vergütungstabellen aufgeschoben worden. Vor allem aus diesem Grunde ergab sich bei der Parlamentsabstimmung für dieses Gesetz das ungünstigste Stimmenverhältnis: Während eine erhebliche Mehrheit der Abgeordneten für die Annahme der oben an zweiter und dritter Stelle genannten Gesetze votierte, war es beim Gesetz über die Berufssoldaten ein 31,2 Prozent betragender Anteil von Gegenstimmen und Stimmenthaltungen.

(4) Obwohl also seit der Systemwende in Ungarn vielfältige und tiefgreifende Maßnahmen zur Demokratisierung, zur zivilen Leitung und Kontrolle der bewaffneten Kräfte verwirklicht wurden, hält man im Zusammenhang mit der beschleunigten Fortsetzung der Streitkräftereform und ihrer Ausrichtung auf die Erreichung der NATO-Kompatibilität die bisherigen Ergebnisse keineswegs für ausreichend. Insbesondere hinsichtlich der Öffnung der Streitkräfte für die Allgemeinheit, ihrer Einbindung in die Gesellschaft sowie einer breiten und intensiven Medien- und Öffentlichkeitsarbeit müsse noch sehr viel getan werden.

Ein wesentlicher Ausgangspunkt des zunehmenden Interesses für die Problematik der zivilen Kontrolle ist neben ihrem Stellenwert für die Sicherung der NATO-Kompatibilität offenbar die sich vertiefende Erkenntnis, daß die zivile Kontrolle des militärischen Bereiches sich nicht im Wirken eines zivilen Verteidigungsministers und der maßgeblichen Einflußnahme des Verteidigungsausschusses des Parlamentes erschöpfen und auch keineswegs allein auf die Beziehungen zwischen Parlament und Verteidigungsministerium reduziert werden darf.

Das ungarische Parlament hat ein „Institut für Abrüstung und zivil-militärische Kontakte“ ins Leben gerufen, dem die Aufgabe gestellt ist, auf der Basis des bereits praktisch wirksamen Rahmens die konkreten Details auszuarbeiten. Dazu gehören nach einer Presseinformation der Leitung dieses Instituts unter anderem: Wege zu einer professionellen Zusammenarbeit von zivilen Vertretern und Militärs in allen Abschnitten der strategischen und operativen Planung; Gestaltung eines Instrumentariums zur effektiven, stetig zu verbessernden

breiten Zusammenarbeit bei dieser Planung; die Systematik zu einer gründlicheren, überschaubaren und kontrollfähigen Erarbeitung des Verteidigungshaushaltes; Vorbereitung und Befähigung der Medien und einer breiten Öffentlichkeit zur Ausübung ihrer Kontrollfunktion u. v. a. m.

Zur Realisierung seiner inhaltlichen Aufgaben soll das Institut mit einer Vielzahl von einschlägigen Einrichtungen und Fachleuten des In- und Auslandes zusammenarbeiten und insbesondere die bereits langjährigen Erfahrungen der NATO-Länder tiefergehend erkunden.

Ausschlaggebendes Ziel der Institutstätigkeit ist die Vermittlung der auf diesen Wegen gewonnenen Erkenntnisse an einen breiten Personenkreis: Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums, Vertreter ziviler Organe, Journalisten, an sicherheitspolitischen Problemen interessierte Dozenten, Studenten und Hörer von Universitäten, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen usw. Dazu sollen Kurse, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen u. ä. durchgeführt werden.

Dabei muß nach Meinung der ungarischen Fachleute auf jeden Fall in Rechnung gestellt werden, daß die ungarische Armee keineswegs über so gute Voraussetzungen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit verfüge, wie die meisten westlichen Länder. Wenn sich beispielsweise der Presse- und Informationsstab der Bundeswehr auf die aktive Mitarbeit von rund 550 haupt- und nebenamtlichen Presseoffizieren und ca. 95 Jugendoffizieren in den regionalen Medien stützen könne, müsse sich die Honved-Armee mit einer wesentlich dünneren Personaldecke in diesem wichtigen Bereich abfinden. In Zukunft müsse es hier spürbare Verbesserungen geben.

Man ist sich dabei - und nicht allein aus diesem Grunde - darüber im klaren, daß die Verwirklichung der anvisierten Zielstellung perspektivisch orientierte Konzeptionen, ein systematisches Vorgehen und langjährige Kleinarbeit erfordert. Das sei jedoch unerläßlich, um die bisherige Vernachlässigung auch solch bedeutsamer Aufgaben zu überwinden, wie die Harmonisierung der Rechtsnormen der zivilen und der militärischen Sphäre, das Zusammenwirken aller an der Ausarbeitung und Umsetzung der ungarischen Sicherheitspolitik Beteiligten, die Gewährleistung enger Kontakte zwischen Streitkräften und Umweltschutz bzw. Armee und Selbstverwaltungsorganen. Deshalb führe um die erforderlichen langwierigen Anstrengungen kein Weg herum.

**Autor:** Gustav Urbani  
Prof. Dr. sc. oec., Oberst a.D.  
Wallstraße 9  
01067 Dresden